

**L9****Abt. 12 - Nord-Wedding****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Reform der Verschonungsbedarfsprüfung im Erbschaftsteuerrecht**

1 Die SPD setzt sich für eine grundlegende  
 2 Reform der Verschonungsbedarfsprüfung im  
 3 Erbschaftsteuerrecht ein. Ziel ist es, Miss-  
 4 brauchsmöglichkeiten zu schließen, Steuer-  
 5 gerechtigkeit herzustellen und die Belastung  
 6 gerechter zwischen großen Unternehmens-  
 7 vermögen und normalen Erb:innen zu verte-  
 8 len.

9 Die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung,  
 10 der Bundestagsfraktion sowie in den entspre-  
 11 chenden Gremien werden aufgefordert, fol-  
 12 gende Maßnahmen umzusetzen

13

14 1. Prüfung des Gesamtvermögens: Bei der  
 15 Bedarfsprüfung ist nicht nur das Ver-  
 16 mögen der erwerbenden Person, son-  
 17 dern das gesamte Familienvermögen  
 18 (Ehepartner, Kinder, enge Verwandte)  
 19 einzubeziehen.

20 2. Strenge Offenlegungspflichten: Einfüh-  
 21 rung umfassender Transparenz über in-  
 22 und ausländisches Vermögen; bei un-  
 23 vollständigen oder falschen Angaben  
 24 greifen Sanktionen.

25 3. Klare Härtefalldefinition: Steuererlass  
 26 nur bei nachweisbarer Gefahr der Insol-  
 27 venz oder Zerschlagung des Unterneh-  
 28 mens.

29 4. Mindestbesteuerung: Einführung  
 30 einer verpflichtenden Mindeststeu-  
 31 er, um vollständige Steuerfreiheit  
 32 auszuschließen.

33 5. Unterscheidung nach Unternehmens-  
 34größe: Die Bedarfsprüfung soll aus-  
 35 schließlich für kleine und mittlere Be-  
 36 triebe gelten; Großkonzerne und Hol-  
 37 dingstrukturen sind auszuschließen.

38 6. Nachversteuerung bei Veräußerung:  
 39 Bei Verkauf oder Zerschlagung des  
 40 Betriebs innerhalb von zehn Jahren

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

Die SPD setzt sich für eine grundlegende Reform der Verschonungsbedarfsprüfung im Erbschaftsteuerrecht ein. Ziel ist es, Missbrauchsmöglichkeiten zu schließen, Steuergerechtigkeit herzustellen und die Belastung gerechter zwischen großen Unternehmensvermögen und normalen Erb:innen zu verteilen.

Die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung, der Bundestagsfraktion sowie in den entsprechenden Gremien werden aufgefordert, folgende Maßnahmen umzusetzen

1. Prüfung des Gesamtvermögens: Bei der Bedarfsprüfung ist nicht nur das Vermögen der erbenden Person, sondern das gesamte Familienvermögen (Ehepartner, Kinder, enge Verwandte) einzubeziehen.
2. Strenge Offenlegungspflichten: Einführung umfassender Transparenz über in- und ausländisches Vermögen; bei unvollständigen oder falschen Angaben greifen Sanktionen.
3. Klare Härtefalldefinition: Steuererlass nur bei nachweisbarer Gefahr der Insolvenz oder Zerschlagung des Unternehmens.
4. Mindestbesteuerung: Einführung einer verpflichtenden Mindeststeuer, um vollständige Steuerfreiheit auszuschließen.
5. Unterscheidung nach Unternehmensgröße: Die Bedarfsprüfung soll ausschließlich für kleine und mittlere Betriebe gelten; Großkonzerne und Holdingstrukturen sind auszuschließen.
6. Nachversteuerung bei Veräußerung: Bei Verkauf oder Zerschlagung des Betriebs innerhalb von zehn Jahren nach Erbschaft oder Schenkung ist die

41 nach Erbschaft oder Schenkung ist die  
42 erlassene Steuer nachzuzahlen.  
43 7. Regelmäßige Evaluation: Überprüfung  
44 der Regelung alle fünf Jahre durch Bun-  
45 destag und Finanzausschuss.

46

#### 47 **Begründung**

48 Die Verschonungsbedarfsprüfung wurde als  
49 Härtefallregelung eingeführt, um Familien-  
50 unternehmen im Erbfall vor dem Zwangs-  
51 verkauf zu schützen. In der Praxis zeigt sich  
52 jedoch, dass diese Regelung in erheblichem  
53 Umfang missbraucht wird:

- 54 • Wohlhabende Erb:innen können sich  
55 „arm rechnen“, indem sie ihr Privat-  
56 vermögen verschieben oder Unterneh-  
57 menswerte künstlich aufblähen.
- 58 • Große Unternehmensgruppen nutzen  
59 Holding-Konstruktionen, um Vermö-  
60 genswerte als Betriebsvermögen zu  
61 deklarieren.
- 62 • Der Staat verzichtet dadurch auf erheb-  
63 liche Steuereinnahmen, während klei-  
64 ne Erb:innen ohne Betriebsvermögen  
65 keine vergleichbaren Erleichterungen  
66 erhalten.

67 Das führt zu einer **ungleichen und unge-**  
68 **rechten** Steuerpraxis, die Vermögenskonzen-  
69 tration verstärkt und das Vertrauen in die  
70 Steuergerechtigkeit schwächt. Ausgerechnet  
71 die größten Unternehmensvermögen profi-  
72 tieren, während Normalbürger:innen die vol-  
73 le Steuerlast tragen.

74 Die SPD steht für Steuergerechtigkeit und so-  
75 zialen Zusammenhalt. Mit den vorgeschla-  
76 genen Reformen wird die Verschonungsbe-  
77 darfsprüfung wieder auf ihren ursprüngli-  
78 chen Zweck zurückgeführt: den Schutz echter  
79 Familienbetriebe in Härtefällen. Missbrauch  
80 durch aggressive Steuervermeidung wird ver-  
81 hindert, die Gleichbehandlung aller Erb:in-  
82 nen gestärkt und die Finanzierung des Ge-  
83 meinwesens gesichert.

erlassene Steuer nachzuzahlen.

7. Regelmäßige Evaluation: Überprüfung  
der Regelung alle fünf Jahre durch Bun-  
destag und Finanzausschuss.